



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 16. November 2004 Nr. 5286

Einfache Anfrage

Einfache Anfrage Felix Reut: Stellenabbau in der Kantonalen Verwaltung - was sagt der Stadtrat? Beantwortung

Felix Reut reichte am 21. September 2004 die Einfache Anfrage „Stellenabbau in der Kantonalen Verwaltung – was sagt der Stadtrat?“ ein (Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Die öffentliche Hand zeichnet sich im Verhältnis zu ihren Mitarbeitenden – sei es auf Stufe Bund, Kanton oder Gemeinde – dadurch aus, dass sie eine verlässliche und berechenbare Arbeitgeberin ist. Für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben der Gemeinwesen im Vollzug von Gesetzen und Verordnungen sind diese andererseits auf integre und zuverlässige Mitarbeitende angewiesen, die sich in vielen Fällen für Aufgabengebiete spezialisieren müssen, für die es ausserhalb der Verwaltung keinen eigentlichen Arbeitsmarkt gibt. In der Vergangenheit funktionierte das Wechselspiel sichere Arbeitgeberin und integre, leistungswillige und leistungsfähige Mitarbeitende zum Wohle der Allgemeinheit. In den Verwaltungen war die Fluktuation seit jeher tiefer als in der Privatwirtschaft. Personelle Restrukturierungen waren kein Thema; Anpassungen an geänderte Bedürfnisse erfolgten in kleinen Schritten.

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Situation geändert. Fehlende Mittel zwingen auch die öffentliche Hand verstärkt zur Überprüfung Ihrer Strukturen und Aufgaben. Leistungen, die die Gemeinwesen bis anhin selbstverständlich erbrachten oder erbringen mussten, werden in Frage gestellt und unter Spardruck gestrichen. Auswirkungen haben diese Massnahmen auf das Personal. Der Arbeitsdruck nimmt zu und neuerdings ist Arbeitsplatzabbau auch ein Thema. Sparübungen, die auf Bundesebene beschlossen werden, haben Auswirkungen auf die kantonalen Verwaltungen bis hin zu den Gemeinden, bspw. Sparmassnahmen im Asylbereich, die aufgrund kantonaler Beschlüsse zur Schliessung von Asylzentren führten, die durch Gemeinden geführt wurden.



Auch wenn die Situation mit dem Umgang mit Stellenabbau für die öffentliche Hand neueren Datums ist, kann den Verwaltungen attestiert werden, dass sie in solchen Fällen sorgsam vorgehen und im Rahmen der Möglichkeiten versuchen, Entlassungen zu vermeiden oder, sind sie unvermeidbar, für die Betroffenen mit geeigneten Mitteln die Auswirkungen abfedern. Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass eine Entlassung für die Betroffenen immer hart ist. Es muss aber auch beachtet werden, dass die Segmentierung und damit die Spezialisierung in den Verwaltungen sehr ausgeprägt ist. Dies kann den Bemühungen entgegen stehen, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter von der Dienststelle oder vom Betrieb A in eine andere Dienststelle oder in einen anderen Betrieb zu versetzen, da die Anforderungsprofile sehr unterschiedlich sein können.

Frage 1: Zwischen den Personalämtern des Kantons und der Stadt besteht ein guter Kontakt und fachlicher Austausch. Der Informationsaustausch erfolgt in der Regel informell, was der Qualität des Austausches keinen Abbruch tut. Im Weiteren bestehen zwischen Stellen beim Kanton und der Stadt mit fachlich gleicher oder ähnlicher Ausrichtung Kontakte, die bei personellen Fragen auch immer wieder genutzt werden.

Frage 2: Freie Stellen werden in der Regel ausgeschrieben und sind auch im Internet abrufbar. Voraussetzung für die nähere Prüfung einer Bewerbung ist immer, dass die Muss-Anforderungskriterien für die offene Stelle erfüllt werden. Die Mitarbeitenden des Personalamtes, die die Selektion von neuen Mitarbeitenden begleiten, sind angewiesen, den Bewerbungen von Interessierten, die von Restrukturierungsmassnahmen in der Staatsverwaltung betroffen sind, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass auch von der Schliessung des Durchgangsheims für Asylsuchende Felsengarten Betroffene, die städtische Angestellte waren und noch keine neue Beschäftigung gefunden haben, nach Möglichkeit ebenfalls auf eine Weiter- oder Wiederbeschäftigung bei der Stadt hoffen. Die Schaffung eines gemeinsamen Pools für Bewerbende, die bisher in der kantonalen oder städtischen Verwaltung beschäftigt waren und aus betrieblichen Gründen die Stelle verlieren, ist nicht geplant.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage

